

Lokales / Geilenkirchen

Widerstand gegen Sanierung

Geilenkirchener Rat entscheidet über Straßenausbau

11. DEZEMBER 2018 UM 16:14 UHR | Lesedauer: 2 Minuten



So schlecht wie im östlichen Teil der Fliegerhorstsiedlung (unser Bild) sehen die Straßen im westlichen Teil längst nicht aus. Doch der Ausbau beginnt im Westen, die Anlieger wehren sich weiter.

Foto: ZVA/Udo Stüßer

GEILENKIRCHEN. Nicht nur in der Teverener Fliegerhorstsiedlung, auch in Müllendorf gibt es Widerstand gegen den geplanten Ausbau von Straßen. In der Sitzung des Rates am Mittwochabend müssen die Stadtverordneten über drei weitere Anträge entscheiden.

VON UDO STÜSSER

Wenn sich der Geilenkirchener Stadtrat in seiner Sitzung am Mittwochabend ab 17 Uhr im Rathaus mit dem Antrag von Bürgern aus der Teverener Fliegerhorstsiedlung beschäftigt, die eine Aussetzung der Straßensanierung für die nächsten vier bis fünf Jahre fordern, liegen zu diesem Tagesordnungspunkt auch drei kurzfristig eingereichte Anträge auf dem Tisch. So fordert der Teverener Ortsvorsteher Hans Josef Paulus (CDU), „die anstehenden Straßenbaumaßnahmen bis zur endgültigen Novellierung des Kommunalabgabengesetzes auszusetzen“.

Nach dem Willen von Paulus sollen die Bürger in einer Befragung darüber entscheiden, ob die eingeleiteten oder beschlossenen Baumaßnahmen weitergeführt werden. Den Antrag hatte Paulus eingereicht, nachdem der nordrhein-westfälische Landtag die Landesregierung beauftragt hat, eine bürgerfreundliche Gestaltung des Kommunalabgabegesetzes vorzubereiten. In der Politik rechnet man mit einer Gesetzesänderung im Jahre 2021 oder früher.

Eine ganz andere Lösung schlägt die Fraktion „Geilenkirchen bewegen! Und FDP“ vor: Sie beantragt, die Ausführung der Bauprogramme für die Mölderstraße, Beckstraße, Richthofenstraße, Boelckestraße, Brüllsche Straße, Maarstraße, Opheimer Benden und Blockstraße in zwei jeweils zeitlich getrennten Abschnitten vorzunehmen. Die Anwohner würden erst nach Fertigstellung des zweiten Bauabschnittes zur Kasse gebeten. Wie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Leonhard Kuhn in dem Antrag erklärt, „könnte in einem 1. Bauabschnitt jede Verkehrsanlage bis auf ein Teilstück (von wenigen Metern) wie geplant ausgeschrieben und ausgeführt werden“.

Eine Abrechnung des Bauabschnittes scheidet aus. Die Reststücke könnten in einem 2. Bauabschnitt nach der geplanten Gesetzesänderung fertiggestellt werden. Eine Straßenbaubeitragspflicht würde dann erst eintreten, wenn das neue Gesetz in Kraft sei. Eine komplette Verschiebung der im Stadtgebiet geplanten Ausbaumaßnahmen hält die Fraktion „Geilenkirchen bewegen! Und FDP“ für das falsche Signal. Die Maßnahmen seien sachlich begründet, Haushaltsmittel würden bereit stehen, bewilligte Fördermittel könnten wieder eingezogen werden, die Folgen für die Bauwirtschaft bei ausbleibenden Aufträgen seien nicht absehbar.

Auch mit dem Widerstand aus Müllendorf muss sich der Stadtrat am Mittwochabend beschäftigen. Hier fordern die Anwohner der Blockstraße und der Straße Opheimer Benden, die geplante Straßenerneuerung so lange auszusetzen, bis eine endgültige Entscheidung über die Volksinitiative „Straßenbaubeiträge“ vorliegt. Die Straßenausbaubeiträge seien erhebliche Belastungen für die betroffenen Grundstückseigentümer, die hohen Beitragsforderungen würden viele Anwohner in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten bringen.

„Nachdem die Stadt Geilenkirchen viele Jahre die Unterhaltung der Straßen augenscheinlich vernachlässigt hat, scheint die Stadt nun alles daran setzen zu wollen, so viele Straßen wie möglich vor einer Gesetzesänderung zu erneuern“, kritisieren mehr als 40 Anwohner in ihrem Antrag. Auf die Diskussion im Stadtrat am Mittwochabend darf man jedenfalls gespannt sein.